

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 5. Sitzung des Ortsbeirates Leuben (OBR Leu/005/2015)

am Mittwoch, 11. März 2015,

19:00 Uhr

**im Ortsamt Leuben, Bürgersaal,
Hertzstraße 23, 01257 Dresden**

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:06 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Jörg Lämmerhirt

Mitglied Liste CDU

Steffen Börner

Katrin Hoogestraat

Tobias Kittlick

Eberhard Kunte

Mitglied Liste DIE LINKE

Marina Brandt

Dr. Rainer Kempe

Mitglied Liste SPD

Gottfried Mann

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Michael Kater

Mitglied Liste FDP

Matteo Böhme

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Anita Köhler

Mitglied Liste NPD

Hartmut Krien

Stellvertretende Mitglieder

Gunter Eggert

Pia Reinhard

Marcel Seidel

Vertretung für Herrn Michael-Peter Bäuerle

Vertretung für Frau Barbara Meyer-Wyk

Vertretung für Herrn Rolf Böhme

Abwesend:

Mitglied Liste CDU

Barbara Meyer-Wyk

Mitglied Liste DIE LINKE

Rolf Böhme

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Wolf Dieter Stiehl

Mitglied Liste SPD

Michael-Peter Bäuerle

Verwaltung:

Herr Bäcker
Frau Winkler
Herr Hübener
Herr Jakob

Vertreter Ortsamtsleiter OA Leuben/ Prohlis
Integrations- und Ausländerbeauftragte
Stadtplanungsamt
Umweltamt

Gäste:

Herr Beine
Herr Rau
Herr Gilke
Herr Krüger

Geschäftsführer Cultus gGmbH
Architekt
Stadtrat AfD-Fraktion
Geschäftsführer Projektschmiede gGmbH

sowie 7 Besucher

Schriftführer/-in:

Ralf- Uwe König

SB Ortsbeiratsangelegenheiten Ortsamt Leuben

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der frist- und ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Kontrolle der Niederschrift zur 04. Ortsbeiratssitzung am 04.02.2015
- 2 Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020) **V0220/14
beratend**
- 3 Bauvorhaben "Berthold-Haupt-Straße vom Am Alten Elbarm bis August-Röckel-Straße einschließlich Brücke über den Lockwitzbach - Hochwasserschadensbeseitigung 2013" **V0230/14
beratend**
- 4 Vorstellung der Cultus gGmbH Altleuben 10, Neubau Wohngebäude "An der Hertzstraße"
- 5 Anpassung der Satzung über die Bereitstellung, Benutzung und Betreibung von Unterbringungseinrichtungen für Asylbewerber sowie Flüchtlinge nach § 3 SächsFlüAG **A0022/15
beratend**
- 6 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte
- 7 Informationen des Ortsamtsleiters zum Geschehen im Ortsamtsgebiet (u. a. aktuelle Informationen zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für bes. Bedarfsgruppen im Ortsamtsbereich)

öffentlich**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der frist- und ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Kontrolle der Niederschrift zur 4. Ortsbeiratssitzung am 04.02.2015**

Herr Lämmerhirt eröffnet die fünfte Sitzung des Ortsbeirates Leuben mit 14 anwesenden Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräten bzw. ihren Stellvertretern und stellt die frist- und ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Herr Stiehl ist entschuldigt, Herr Bäuerle wird von Herrn Eggert vertreten, Frau Reinhard vertritt Frau Meyer-Wyk und für Herrn R. Böhme erscheint Herr Seidel. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen. Die Niederschrift der letzten Sitzung vom 04.02.2015 wird ebenfalls bestätigt. Frau Brandt und Herr Mann werden die Niederschrift der heutigen Sitzung gegenzeichnen.

2 Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020) **V0220/14 beratend**

Herr Lämmerhirt begrüßt zu diesem TOP Frau Winkler, Vertreterin der Integrations- und Ausländerbeauftragten zur Umsetzung des Integrationskonzeptes und betont, dass sich dieses Konzept nicht vorrangig mit Asylbewerbern beschäftige. Der Umfang der Konzeption zeige die Vielschichtigkeit auf.

Frau Winkler berichtet an Hand einer Präsentation, dass bereits 2009 der Stadtrat ein Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten beschlossen und der Verwaltung den Auftrag zu jährlicher Berichterstattung erteilt habe. Zur Konkretisierung der Ziele und Maßnahmen sollte aller zwei Jahre, zur Fortschreibung bzw. Neufassung aller vier Jahre berichtet werden.

Wegen personeller Unterbesetzung bzw. Langzeiterkrankung hätten diese Zielsetzungen bisher leider nicht umgesetzt werden können. Jetzt läge jedoch das aktuelle Integrationskonzept für den Zeitraum bis zum Jahr 2020 vor.

Das Konzept basiere auf einer ausführlichen Situationsanalyse in elf kommunalen Handlungsfeldern (z. B. Jugendhilfe, Wohnen, Bildung, Sport, Kultur, Sprachförderung, soziale Beratung, Gesundheitsförderung- und Versorgung) und beschreibe als inhaltliche Zielgruppe Menschen mit Migrationshintergrund, die Beschäftigten der Stadtverwaltung, der Eigenbetriebe sowie die Fachkräfte der Dresdner Integrationsarbeit. Neu im Konzept integriert seien Menschen, die in Dresden Asyl suchen.

Als Ziele der Dresdner Integrationspolitik werden unter anderem die Weiterentwicklung der Willkommens- und Anerkennungskultur, die Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen für den gleichberechtigten Zugang und Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bis 2020 sowie die verbesserte Einbeziehung der Menschen mit Migrationshintergrund in das politische und gesellschaftliche Leben benannt.

Im Konzept seien verschiedene Maßnahmen enthalten, um die beschriebenen Ziele zu erreichen. So strebe man eine Verbesserung der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen an, auch wolle man die politische Arbeit des Ausländerrates stärken. Insgesamt müsse sich auch die interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung weiterentwickeln.

Frau Winkler führt weiterhin aus, dass die Erarbeitung des Konzeptes von einem Beteiligungsverfahren begleitet worden sei. Zwischen dem Oktober und November 2014 habe es eine öffentliche Beteiligungsphase gegeben. Dabei seien viele mündliche bzw. schriftliche Stellungnahmen von Einzelpersonen, Organisationen oder Gruppen eingegangen. In der Anlage 2 des Konzeptes seien die Ergebnisse dieser Diskussion aufgeführt.

Zur Wirksamkeit des Konzeptes sei es notwendig, dass Stadtrat und Verwaltung gemeinsam kontinuierlich Verantwortung für die Umsetzung der Maßnahmen übernehmen. Ebenso sei eine regelmäßige öffentliche Berichterstattung und Diskussion notwendig, sowie die interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung. Neben der Stärkung der politischen Bildung zum Abbau von Symptomen gruppenbezogener Ausländerfeindlichkeit müssten ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen in den Fachbereichen bereitgestellt werden.

Herr Lämmerhirt bedankt sich für die Vorstellung des Konzeptes und bittet die Ortsbeiräte um ihre Fragen bzw. Stellungnahmen zur Vorlage.

Herr Seidel: Wünscht sich, dass der Bericht später auch auf Brailleschrift (Blindenschrift) gedruckt wird. Frau Winkler notiert sich die Bitte.

Weiterhin fragt Herr Seidel nach, ob es auch Gebärdendolmetscher für DGS und andere Gebärdensprachen gibt? Besteht auch die Möglichkeit, andere Sprachen z.B. russisch und französisch zu erlernen? Frau Winkler erläutert dazu, dass sich Mehrsprachigkeit durch das gesamte Konzept zöge. Beispiel dafür seien die frühkindliche Bildung und die Mehrsprachigkeit in der Schule. Bei der Verfügbarkeit von Gebärdendolmetschern bestehe noch Nachholbedarf. Herr Lämmerhirt berichtet ergänzend vom Einsatz eines Gebärdendolmetschers für taubstumme Bürger im Jobcenter.

Herr Dr. Kempe: Möchte die Veränderungen im Integrationskonzept erläutert haben.

Frau Winkler erläutert, dass die Schwerpunkte weitgehend unverändert geblieben seien. Erweiterungen seien bei der Kinder und Jugendarbeit bzw. Hilfe zur Erziehung zu verzeichnen. Auch bei den Zielgruppen seien jetzt erstmalig Asylsuchende hinzugekommen. Insgesamt habe man sich bei den Änderungen auf einige Schwerpunkte in einzelnen Bereichen konzentrieren müssen. Jugendliche Flüchtlinge und ausländische Absolventen von Hochschulen wurden ebenfalls einbezogen. Insgesamt habe es in allen 11 Handlungsfeldern Änderungen gegeben, welche aber aus Zeitgründen hier nicht dargelegt werden können.

Herr Kempe regt an, in mehrsprachigen Austausch zu treten. Wo könne man derartiges im Konzept finden? Frau Winkler benennt dazu das Handlungsfeld „kulturelle Vielfalt“. So möchte man keine kulturelle Darbietungen präsentieren, sondern kulturellen Austausch pflegen.

Herr Kittlick: Erfragt Fakten nach Angeboten für Angestellte der LHD sowie Auswertung der Teilnahme an solchen Veranstaltungen. Er vermisst im Konzept die Regeln des Zusammenlebens bzw. die Definitionen. Es sollte nicht nur von den Dresdnern verlangt werden, sich anzupassen bzw. Toleranz zu üben, sondern selbstverständlich erwarte man das insgesamt von allen hier lebenden Personen. Einzelne Gruppen sollten in der Darstellung besser aufgliedert werden.

Frau Winkler führt aus, dass man bisher alles Machbare getan habe. Man sei auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ende.

Im Integrationskonzept 2009 fänden sich die Grundsätze Dresdner Integrationspolitik. Dort seien auch allgemeine Regeln des Zusammenlebens definiert. Dieses Konzept sei fortgeschrieben worden. Es sei dem Ortsbeirat unbenommen, über einen Ergänzungsantrag diese Grundsätze als festen Bestandteil ausdrücklich zu definieren. Die Möglichkeit, einzelne Gruppen noch detaillierter aufzugliedern, bestehe nicht.

Frau Brandt: Fragt nach, wie man ausländische BürgerInnen, insbesondere Frauen, erreichen wolle. Viele AusländerInnen wüssten nicht von den gebotenen Möglichkeiten, beispielsweise für Sprachkurse. Viele Institutionen in Dresden bieten ihren ausländischen Mitarbeitern beispielsweise Sprachkurse in englisch und französisch an. Können diese Institutionen auch finanzielle Unterstützung erhalten?

Frau Winkler führt aus, dass beispielsweise die Hochschulen von der Landesregierung finanziert würden. In der Finanzierung seien Budgets für Weiterbildung u.ä. enthalten.

Die Verteilung der Mittel obliege den jeweiligen Einrichtungen. Für die Integration von Frauen gäbe es zum Beispiel seit Jahren den integrativen Frauentreff in der Johannstadt. Mittlerweile sei dort ein interkultureller Treff entstanden. Dieses Angebot würde sehr gut angenommen.

Frau Köhler: Sie bezieht sich auf den Punkt 4 der Vorlage und spricht sich für eine Aufstockung der Mittel ein. Es gäbe eine wachsende Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund. Wenn alle Leistungen aus dem jetzigen Haushalt bestritten werden müssten, müssten zwangsläufig vor allem freiwillige Leistungen gekürzt oder gestrichen werden. Schon für die jetzt bestehenden Aufgaben sei nicht genug Geld vorhanden. Kürze man die Leistungen noch mehr, könnte die Stimmung gegen Menschen mit Migrationshintergrund kippen. Für die Umsetzung des Konzeptes müssten nun auch die notwendigen zusätzlichen Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

Frau Winkler berichtet davon, dass der Stadtrat eine Aufstockung der Mittel beschlossen habe, hauptsächlich bei den Personalkosten. Natürlich müsse man die Entwicklung beobach-

ten. Viele Maßnahmen benötigten nicht zwingend mehr Geld, sondern einen Einstellungswandel bei den Beteiligten. Gravierende Lücken oder Fehlbedarfe kann Frau Winkler nicht erkennen.

Herr Krien: Bittet um die Zusendung der Präsentation. Außerdem möchte er wissen, wie festzustellen sei, welche Personen einen Migrationshintergrund haben. Seiner Meinung nach seien die Datenbanken nicht in der Lage, dies festzustellen. Ist Frau Winkler der Vortrag von Herrn Mackenroth bekannt, welcher den Bildungsstand eines Teils der Asylbewerber beschreibe? Herr Krien möchte den Begriff Fremdenfeindlichkeit erläutert wissen. Werden auch Probleme zwischen den Ausländern wahrgenommen?

Frau Winkler verweist auf die Statistikstelle und die dortigen Spezialisten. Die Menschen mit Migrationshintergrund seien durchaus zu erfassen. Für die Alphabetisierung von Migranten sei die Landeshauptstadt nicht zuständig. Dies würde über entsprechende Kurse von Bund und Ländern übernommen.

Frau Hoogestraat: Fragt nach, ob der durch die steigenden Flüchtlingszahlen notwendige Personalaufwand in Kitas und Schulen berücksichtigt worden sei? Frau Winkler führt aus, dass dieser im Fachplan Kita verankert sei. Der Fachplan würde jährlich fortgeschrieben, um auf solche Herausforderungen zu reagieren. Dies bezöge sich auch auf diese Inhalte.

Herr Kunte: Findet in der Vorlage keine Aussagen zu den Kosten, nur die allgemeine Aussage, dass Kosten entstünden. Daher möchte er den Punkt 4 für die Abstimmung ausklammern. Weiterhin spricht er sich für Verbesserungen der Einbeziehung der Bevölkerung aus. Konkret spricht er sich für Patenschaften aus der Bevölkerung für Asylsuchende aus. Damit fördere man das Zusammenwachsen der verschiedenen Gruppen. Frau Winkler berichtet, dass bereits viele Patenschaften existierten. Insbesondere Bildungspatenschaften werden angesprochen. Dafür gäbe es bereits Koordinierungsstellen u.a. bei der Bürgerstiftung, der Diakonie und der Caritas.

Herr Kater: Lehnt die Vorlage ab und spricht sich für die sofortige Abschiebung abgelehnter Asylbewerber aus. Die berechtigt Asylsuchenden sollten selbst entscheiden können, inwieweit sie integriert werden möchten. Abzuschiebende Asylbewerber seien zahlenmäßig nicht berücksichtigt und damit auch nicht die Auswirkungen auf die Plätze in den Asylbewerberheimen. Es läge der Verdacht nahe, unbegrenzte Einwanderung zu betreiben.

Im Konzept ginge man einfach davon aus, dass die Dresdner gleichsam in der Pflicht seien, für das Wohlergehen und die gesellschaftliche Entwicklung von Asylbewerbern Verantwortung zu übernehmen. Dies sei der falsche Ansatz. Sinngemäß wird ausgeführt, dass berechnete Asylbewerber aufgenommen werden müssten, allerdings dürfe die Bevölkerung damit nicht überfordert werden. Die Sorgen und Befindlichkeiten der Dresdner Bevölkerung seien nicht berücksichtigt worden, sondern würden im Gegenteil als Fremdenfeindlichkeit pauschalisiert. Dies spalte die Bevölkerung.

Frau Köhler bringt folgenden Änderungsantrag ein:

Änderungsantrag zu Punkt 4:

1. Alle Maßnahmen des Integrationskonzeptes 2015-2020 sind ~~innerhalb der den Geschäftsbereichen im jeweiligen Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel umzusetzen~~ **im städtischen Haushaltsplan mit entsprechenden Mitteln zu untersetzen.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 10 Nein 1 Enthaltung 3

Herr Kittlick stellt folgende Ergänzungsanträge zu Punkt 1 des Beschlussvorschlages:

1. Die Grundsätze der Integrationspolitik aus dem Konzept 2009 werden als fester Bestandteil im neuen Konzept fortgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 11 Nein 0 Enthaltung 3

2. Die Bürger sind frühzeitig bei Standortentscheidungen zu Wohnheimen einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 11 Nein 0 Enthaltung 3

3. Aufgrund der Gruppenspezifika von Migrantinnen und Migranten (Studenten, Fachkräfte, Asylberechtigte, Aussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge, geduldete/ ausreisepflichtige Ausländer) werden besondere Bedürfnisse für Integrationsleistungen definiert.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 5 Nein 3 Enthaltung 6

**Abstimmungsergebnis gesamt: Zustimmung mit vorgenannten Änderungen und Ergänzungen
Ja 10 Nein 3 Enthaltung 1**

3 Bauvorhaben "Berthold-Haupt-Straße vom Am Alten Elbarm bis August-Röckel-Straße einschließlich Brücke über den Lockwitzbach - Hochwasserschadensbeseitigung 2013" V0230/14 beratend

Diese Vorlage stellt Herr Hübener vom Stadtplanungsamt anhand einer Präsentation vor. Er betont die enge Zeitschiene der Umsetzung durch die Inanspruchnahme von Fördermitteln. Spätestens im Juni 2015 müsse die Baumaßnahme beantragt werden, um die Fördermittel zu erhalten. Als Planungsaufgaben werden folgende Punkte benannt:

- Wiederherstellung des schadhaften Brückenbauwerks über den Lockwitzbach im Zuge der Berthold-Haupt-Straße mit Erhöhung des Durchflussquerschnitts
- Ertüchtigung von Teilen der Straßenverkehrsanlagen unter Beachtung des Hochwasserschutzes sowie nach dem Stand der Technik mit den Schwerpunkten:
 - Gradientenanhebung zur Gewährleistung der Befahrbarkeit bei einem Hochwasser zwischen HQ 50 und 100 sowie
 - Herstellung von barrierefreien Haltestellen

Als wesentliche Inhalte der nachfolgenden Planungsphasen werden folgende Punkte angesprochen:

- Berechnung der Wasserspiegellagen nach Erhöhung der Gradienten
- Prüfungen zum möglichen Erhalt einiger Großbäume (z.B. Eiche an der Brücke)
- Prüfung zur Einordnung weiterer Baumpflanzungen
- Detailprüfung zur nördlichen Bushaltestelle Meußlitzer Straße
- Detailprüfung zur Herstellung weiterer Stellplätze

- Detailprüfungen zu Fußgängerquerungen und Gehwegbreiten
- Festlegungen zur Freigabe von Gehwegen für den Radverkehr.

Die durchschnittliche Verkehrsbelastung wird mit derzeit ca. 3.160 Kfz pro 24 Stunden angegeben, für das Jahr 2025 wird von ca. 4.600 Kfz und 2030 von ca. 4.900 Kfz pro 24 Stunden ausgegangen.

Anhand eines Höhenplanes werden drei mögliche Varianten der Gradientenanhebung dargestellt. Die Kompromissvariante, eine Höherlegung der Fahrbahn von ca. 0,65 m bis auf ca. 1,15 m, wird ebenfalls erläutert. Für die Umsetzung der Maßnahmen wird es als notwendig angesehen, ca. 54 Bäume zu fällen. Erst bei der konkreten Umsetzung könne man vor Ort beurteilen, welche Bäume zu erhalten seien.

Herr Lämmerhirt bedankt sich für den Vortrag und stellt Herrn Jakob vom Umweltamt vor, welcher das Thema Wasserspiegellagen und Durchfluss erläutert.

Herr Jakob stellt kurz die Rahmenbedingungen der Planungen vor. Mit der Ertüchtigung der Gradienten soll auch im Hochwasserfall eine Erreichbarkeit des Gebietes sichergestellt werden. Dies wolle man mit einer moderaten Anhebung der Berthold-Haupt-Straße erreichen. Eine weitere Anhebung der Gradienten sei weitgehend wirkungslos, da bei einem HQ 100 die Überflutung der anderen Seite vom Meußlitz/ Kleinzschachwitz einsetze. Grundsätzlich könne diese Maßnahme nur realisiert werden, wenn sie keine nachteiligen Auswirkungen auf andere hat, also keinen Aufstau bewirkt. Durch Vergrößerung der Abflussfläche innerhalb des Brückenbauwerkes auf das Doppelte hätten die Planer dieses sicherstellen können.

Herr Lämmerhirt bedankt sich für die Ausführungen und bittet um die Fragen der Ortsbeiratsmitglieder.

Herr Krien: Sind die Kleingärten und das Altersheim von dieser Baumaßnahme betroffen?

Frau Köhler: Wie wirkt sich ein erneutes Hochwasser auf die Keller des Altersheimes aus? Wie wird während der Baumaßnahme die Erreichbarkeit des Heimes sichergestellt?

Sie wünscht sich Verbesserungen für den Radverkehr.

Herr Mann: Bekräftigt die Forderung nach einer Verbesserung für den Radverkehr. Er stimmt zu, dass es im Hochwasserfall zu einer Aufstauwirkung des stationären Hochwassers in den alten Elbarm gegeben habe. Er wirbt dafür, die Argumente der Anlieger, Eigentümer und Kleingärtnern ausreichend zu prüfen und hält die Vorlage für eine erste Möglichkeit, einen gewissen Hochwasserschutz zu erreichen.

Herr Dr. Kempe: Begrüßt die zur Auswahl stehende Kompromissvariante. Er bittet darum, die zu errichtenden Gehwege behinderten- und altersgerecht auszuführen. Gerade in der Auswahl der Materialien sollten (auch in den Zufahrten und vor dem Altersheim) nur Materialien verwendet werden, welche eine Barrierefreiheit insbesondere für Behinderte und ältere Menschen mit Rollatoren gewährleisten. Weiterhin sieht er durch die angedachte Fällung von ca. 54 Bäumen (also ca. fünfzig Prozent) den jetzigen Alleecharakter der Straße gefährdet. Deshalb spricht er sich für den Erhalt insbesondere der großen Bäume aus, auch die kleineren Bäume sollten in maximaler Stückzahl erhalten werden. Bei Fällungen müssten Neupflanzungen in äquivalenter Zahl erfolgen. Durch Verschwenkung der Straße könnten die gesamten Bäume der Nordseite stärker geschont werden.

Frau Hoogestraat: Begrüßt die Baumaßnahme. Sie spricht sich dafür aus, diese Baumaßnahme mit der im gleichen Zeitfenster geplanten Maßnahme auf der Österreicher Straße abzustimmen, so dass nicht zeitgleich gebaut wird und die Erreichbarkeit von Kleinzschachwitz und Meußlitz gewährleistet wird. Weiterhin spricht sie sich für den notwendigen Gehweg auf der nördlichen Seite aus.

Herr Hübener geht davon aus, dass die Erreichbarkeit des Altersheimes während der Baumaßnahme gewährleistet wird. Da der Radverkehr weit unter 10.000 Teilnehmern läge, bestünde laut Richtlinie kein Bedarf für eigene Radwege. Auch gäbe es in diesem Bereich ein Platzproblem. Man denke aber darüber nach, Teile des Gehweges für den Radverkehr freizugeben. Bezüglich der Bäume habe man vorsorglich mehr Fällungen eingeplant, da man erst vor Ort einschätzen könne, welche Bäume erhalten werden könnten bzw. welche die Bauarbeiten schadlos überstanden haben. Es würde versucht, maximalen Ersatz möglichst an den alten Standorten zu schaffen, um den Alleecharakter wieder herstellen zu können. Die Gehwegbeschaffenheit würde derzeit mit Betonpflaster geplant.

Eine Umleitungskommission plane und koordiniere die Baustellen und die Umleitungen. Ein zweiter Gehweg sei eingehend geprüft worden. Dies bedeute weitere Baumfällungen, laut Richtlinie benötige man eine Breite von 2,50 m. Eine zweite Variante hinter dem Baumstreifen sei ebenfalls geprüft worden. Für den barrierefreien Ausbau ergäbe sich ein Gefälle von sechs Prozent. Die Errichtung bedeute zusätzliche Kosten und eine zusätzliche Beleuchtung. Dafür könnten keine Fördermittel in Anspruch genommen werden, da diese nur bei Wiedererrichtung, aber nicht bei Neubau bzw. Investitionen zur Verfügung stünden.

Herr Jakob führt aus, dass der Hochwasserschutz des Altersheimes gegenwärtig kein städtisches Handlungsfeld sei. Allerdings gelte das Verschlechterungsverbot, es müsse nachgewiesen werden, dass sich auf Grund der Baumaßnahme die Situation für das Altersheim nicht verschlechtert. Daher wurde die Wasserspiegellagenberechnung durchgeführt. Der Abfluss des Lockwitzbaches sei kein Problem, Probleme bereite der Rückstau im alten Elbarm.

Herr Lämmerhirt beschreibt, dass ein Großteil der Bäume an der Berthold-Haupt-Straße zwar erst in den neunziger Jahren gepflanzt wurde, diese seien jedoch bereits stark geschädigt.

Wenn man im Zuge der Maßnahme zeitgleich einige Bäume mehr entferne und entsprechende Neupflanzungen vornehme, dann sei das durchaus eine Maßnahme der wirtschaftlichen Mittelverwendung. Im Übrigen werde durch die Beteiligten an den Planungskonferenzen intensiv um jeden Baum gerungen, insbesondere um den Erhalt der alten Eiche und der Linde. Er spricht sich ebenfalls für die Schaffung eines zweiten Gehweges innerhalb der Baumaßnahme aus. Der bestehende Gehweg sei sehr frequentiert.

Herr Kunte: Möchte die Überflutung der Brücke bei einem HQ 100 erläutert haben. Bleibt diese bei einem HQ 100 trocken? Herr Jakob erläutert, dass man erst auf die Auswertung des neuen Modells warten müsse. Eine Aussage könne erst dann getroffen werden. Er bekräftigt sein Planungsziel HQ 50 plus x. Die Erreichbarkeit von Kleinzschachwitz solle so lange wie möglich gesichert werden.

Weiterhin spricht sich Herr Kunte für einen Fußweg hinter der Baumreihe aus. Dieser könnte durch Aufschüttung angelegt werden.

Herr M. Böhme: Fragt nach, ob Parkplätze wegfallen sollen oder der Bestand gleich bleibt? Herr Hübener bekräftigt, dass keine Parkplätze entfallen werden. Bezüglich des Gehweges regt Herr Böhme an, alle Möglichkeiten zur Schaffung eines Weges zu nutzen, auch wenn er vielleicht schmaler als die geforderten 2,50 m würde. Es könne nicht angehen, dass der Weg durch die Verwaltung wegen möglicherweise nicht vorschriftenkonformer Zustände abgelehnt würde. Hier gehe es um etwas Kreativität zum Wohle der Anwohner.

Herr M. Böhme stellt folgende Ergänzungsanträge:

3. Maßgebliche Änderungen im weiteren Planungsprozess werden **dem Ortsbeirat Leuben und weiterführend** dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau zur Kenntnis gegeben.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

4. **Der Bauablauf ist mit der Baumaßnahme V0139/14 „Verkehrsbauvorhaben Wehlener Straße - Altolkewitz - Österreicher Straße zwischen Schlömilchstraße und Leubener Straße“ abzugleichen, so dass nicht gleichzeitig gebaut wird.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Es erfolgt die Abstimmung über den Ergänzungsantrag von **Herrn Dr. Kempe**:

- 5. Die Eingriffe in den Baumbestand sind gegenüber den Angaben der V 0230/14 zur Erhaltung des Alleecharakters zu reduzieren bzw. durch äquivalenzorientierte Neupflanzungen auszugleichen. Der Erhalt der Großbäume ist als prioritäres Ziel anzusehen.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1

Zuletzt wird über den Ergänzungsantrag von **Frau Köhler** abgestimmt.

- 6. Ein Gehweg auf der nördlichen Straßenseite der Berthold-Haupt-Straße beginnend vom Seniorenheim bis zum Lockwitzbachweg ist in jedem Fall in das Bauvorhaben einzuordnen.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2

**Abstimmungsergebnis gesamt: Zustimmung mit vorgenannten Ergänzungen
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0**

4 Vorstellung der Cultus gGmbH Altleuben 10, Neubau Wohngebäude "An der Hertzstraße"

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Herr Lämmerhirt den Geschäftsführer der Cultus gGmbH Herrn Beine sowie den ausführenden Architekten Herrn Rau.

Herr Beine stellt anhand einer Präsentation kurz die Cultus gGmbH, Wohnstätte für Menschen mit geistiger Behinderung vor. Die Wohnstätte bietet 158 Plätze, davon 78 Einzelzimmer und 40 Zweibettzimmer. Ca. 100 Mitarbeiter, vorwiegend Pfleger und Sozialpädagogen betreuen die Bewohner. Die Cultus gGmbH bewirtschaftet weiterhin die Theatergaststätte und die Kantine der Staatsoperette, die Kantine des Finanzamtes Dresden sowie zwei Cafés. Der vorgestellte Neubau wird auf der Fläche des abgerissenen Gebäudeteils Haus E errichtet und soll Platz für 48 geistig bzw. mehrfachbehinderte Menschen bieten. Herr Beine lädt alle interessierten Menschen zur Veranstaltung „Lebenskünstler“ am 12.05.15 um 16.00 Uhr ein. Dort spielen im Rahmen des Dixielandfestivals Bands für Menschen mit Behinderung. Herr Rau erläutert zusätzlich noch technische Gegebenheiten bezüglich der Fassade und der Ausstattung. Man habe vorab geprüft, ob das bestehende Haus zu ertüchtigen sei. Aus brandschutztechnischen Gründen sowie baulicher Mängel sei das Gebäude nicht wirtschaftlich zu sanieren gewesen. Das neu geplante Gebäude werde zweigeschossig mit einem Satteldach ausgeführt und orientiere sich an den ursprünglich vorhandenen Gebäuden. Der Baubeginn soll im Mai 2015 erfolgen, im August 2016 soll der Bau fertig gestellt sein.

Herr Lämmerhirt bedankt sich für den Vortrag und bittet um die Fragen der Ortsbeiräte.

Frau Brandt: Fragt nach, ob während der Bauzeit die Bewohner besonders betreut werden müssten, bezüglich Baulärm und Bauarbeiten. Herr Beine führt aus, dass im Gegenteil die Bewohner sehr interessiert an neuen Dingen seien, so dass keine zusätzlichen Maßnahmen zum Schutz der Bewohner ergriffen werden müssten. Die Bewohner seien dankbar für Veränderungen.

Herr Seidel: Erkundigt sich nach der Möglichkeit, Solarzellen auf dem Dach zu installieren, um zukünftig Kosten zu sparen. Sind die Fluchtwege barrierefrei? Wie viele Bäume werden gepflanzt? Herr Rau versichert, dass das Gebäude in allen Ebenen barrierefrei erschlossen sei. Die Fluchtwege (Treppen) seien nicht barrierefrei erschlossen. Dazu sei ein Brandschutzkonzept erarbeitet worden. Bezüglich der Solarzellen wird ausgeführt, dass selbstverständlich im Vorfeld eine Prüfung erfolgt sei. Das Gebäude werde aber mit Fernwärme versorgt, außerdem seien große Bereiche des Daches mit Gauben versehen, so dass eine kleinteilige Installation von Solarzellen nicht wirtschaftlich sei. Grundsätzlich müssten für die Bau-

maßnahme nur ein Baum und einige Ziergewächse entfernt werden, welche nach dem Abschluss der Arbeiten wieder nachgepflanzt würden.

Herr Mann: Bedankt sich bei dem Architekten für die schöne Gestaltung des Neubaus.

5 Anpassung der Satzung über die Bereitstellung, Benutzung und Betreibung von Unterbringungseinrichtungen für Asylbewerber sowie Flüchtlinge nach § 3 SächsFlüAG A0022/15 beratend

Herr Lämmerhirt stellt Herrn Stadtrat Gilke von der Afd-Fraktion vor, welcher den Antrag seiner Fraktion den Ortsbeiräten vorträgt. Herr Gilke führt aus, dass in Dresden derzeit keine der aktuellen Situation angepasste Satzung zu diesem Thema existiere. Daher solle eine Satzung beschlossen werden, welche auf die aktuelle Situation Bezug nimmt und es u.a. möglich machen soll, leichter Wohnraum für o.g. Bedarfsgruppen anzumieten. Man habe eine Anfrage an die Oberbürgermeisterin gestellt, ob die Stadtverwaltung die derzeit geltende Übergangswohnheimsatzung vor dem Hintergrund ständig steigender Zahlen der in Dresden unterzubringenden Asylbewerber und Flüchtlinge als ausreichend und gemäß den aktuellen Anforderungen als entsprechend erachte.

Aus der Antwort wird zitiert, dass die aktuelle Nutzungssatzung eine Anpassung an aktuelle Gegebenheiten erfahren müsse. Die gegenwärtig geltende Übergangswohnheimsatzung würde den Erfahrungen der vergangenen Jahre nicht mehr in allen Punkten gerecht.

Herr Gilke weist darauf hin, dass der Antrag seiner Fraktion im Punkt 4 fehlerhaft sei. Daher soll dieser Punkt in der Abstimmung nicht mehr betrachtet werden und würde hiermit zurückgezogen. Derzeit würde jede angemietete Wohnung durch die Stadtverwaltung einer intensiven Einzelprüfung unterzogen, was kosten- und zeitaufwendig sei. Bei einer neuen Satzung gäbe es eine klare und schnelle Entscheidung, was Kosten spare und die Qualität für die Bewohner und die Nachbarn erhöhe. Mittlerweile gäbe es eine Vorlage der Stadtverwaltung, welche aber noch nicht veröffentlicht sei. Deshalb werbe dennoch für diesen Antrag, um eine Qualitätsverbesserung zu erreichen.

Herr Lämmerhirt trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor. Es ist eine entsprechende Satzung erarbeitet worden, welche bereits vom Ältestenrat behandelt wurde und nunmehr an die Gremien überwiesen wird. Damit geht sie auch an alle Fraktionen des Stadtrates. Er bittet um die Fragen der Ortsbeiräte.

Herr Mann: Da die Satzung bereits erarbeitet worden ist, sieht er den Punkt 1 des Antrages als gegenstandslos an. Er äußert sich skeptisch über die Positionen im Punkt 2. Ausschreibungen und Anmietungen seien Sache der Verwaltung und müssten nicht durch den Stadtrat geregelt werden müssten. Es sei nicht hilfreich, die Stadtverwaltung zusätzlich kontrollieren zu wollen.

Herr Gilke hält dagegen, dass man bei dieser Pflichtaufgabe klare Linien bräuchte. Man wisse dann, wie man damit umgehen müsse, was es koste und man hätte einen Zeitpuffer, sich darauf einzustellen.

Herr Dr. Kempe: Erkennt das eigentliche Anliegen des Antrages nicht. Es sei nicht formuliert, was in einer anderen Satzung enthalten sein soll. Nur allgemeine Defizite würden aufgeführt. Außerdem passe es nicht zusammen, heute mit großer Mehrheit ein Integrationskonzept zu beschließen und andererseits heute Formalien zu diskutieren. Herr Gilke entgegnet, dass sich durchaus Inhalte unter Punkt 3 befänden.

Herr Kittlick: Fragt nach, ob der Antrag eine Fortsetzung der Satzung in angepasster Form fordere? Herr Gilke antwortet, dass der Punkt 1 eine Erweiterung, der Punkt 2 eine Neuerung sei. Im Grunde ginge es um klare Regelungen zur Anmietung von Wohnungen. Damit könne man Verbesserungen für die Bewohner, Nachbarn und die Verwaltung erreichen.

Herr Kittlick: Hält eine Satzung für wichtig. In der Vergangenheit habe man leider gesehen, welche Probleme entstünden, wenn die Bevölkerung nicht einbezogen wird.

Herr Lämmerhirt ergänzt, dass eine Neufassung der Satzung im Umlauf sei. Darin seien alle Bedarfsgruppen ausdrücklich aufgeführt. Die Landeshauptstadt habe bereits vor längerer Zeit erkannt, dass es nötig sei, die gesamte Satzung zu überarbeiten. Diese läge nun vor.

Herr Eggert: Erkundigt sich, ob damit dieser Antrag gegenstandslos geworden sei, da ja eine neue Satzung erarbeitet wurde?

Herr Lämmerhirt bekräftigt, dass die Verwaltung parallel eine Satzung erarbeitet hat. Der Antrag der Afd sei nun etwas eher fertiggestellt als die Satzung. Den Ortsbeiräten käme es nun zu, über den Antrag zu entscheiden.

Herr Gilke spricht sich dennoch für den Antrag aus. Solange die neue Satzung nicht veröffentlicht sei, sei der Antrag ein gutes Mittel, die Verwaltung zur Umsetzung zu zwingen.

Frau Köhler: Entgegnet, dass der Antrag ja dem Stadtrat vorgelegt werde. So könne Herr Gilke ganz persönlich seine Wünsche und Änderungen einbringen und den weiteren Verlauf kontrollieren. Sie sieht keine Notwendigkeit für eine Zustimmung zum Antrag der Afd.

Herr M. Böhme: Geht davon aus, dass bei einer Zustimmung des Antrages die Verwaltung ihre neue Vorlage zurückziehen müsste, um sie zu überarbeiten. Damit bestünde das Risiko, die jetzige Verwaltungsvorlage zu lähmen bzw. auszubremsen. Man könne die Vorlage aber befördern, indem sie unverzüglich veröffentlicht wird.

Herr Lämmerhirt entgegnet, dass die Vorlage bereits in die zuständigen Gremien überwiesen wurde und zeitnah im Ratsinfosystem nachzulesen sei.

Darauf hin bringt Herr Böhme zum Ausdruck, den Antrag ablehnen zu wollen.

Es erfolgt die Abstimmung über den Antrag.

Der Antragsteller zieht den Punkt 4 des Beschlussvorschlages für die Abstimmung auf eigenen Wunsch zurück.

Aus diesem Grund bringt der Ortsbeirat Leuben nur die Punkte 1-3 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

Abstimmung: Ablehnung
Ja 2 Nein 8 Enthaltung 4

6 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte

Herr Kunte: Berichtet darüber, dass die Grundstückseigentümer an Donaths Neue Welt einem Privatweg zugestimmt haben. Es bedürfe nur noch einer Abstimmung mit dem Grünflächenamt. Herr Kunte schlägt vor, Asylbewerber auf geringfügig bezahlter Basis zur Herstellung dieses Weges einzubeziehen. Für eine Brücke über den Flutgraben bedürfe es ca. 8.000 € und ein Amt, welches die Verantwortung und den Betrieb der Brücke übernimmt. Er erfragt weiterhin den Stand des Eigenheimstandortes am Wohnpark Solitude. Seit 2011 hätte sich nichts getan. Außerdem warte er noch auf Antwort aus verschiedenen Anfragen.

Herr Kittlick: Fragt nach dem Sachstand zum Thema Sperrung und Beleuchtung Tauernstraße/ Ecke Leubener Straße. Herr Lämmerhirt berichtet von einem Vor-Ort Termin mit dem Leiter des Straßen- und Tiefbauamtes, welcher in der 12. Kalenderwoche stattfinden soll. Dort solle über die Kritikpunkte auch bezüglich der angrenzenden Straßen einschließlich der Beleuchtung gesprochen werden.

Frau Brandt: Berichtet von Sanierungsarbeiten der Gagfah auf der Mockethaler Straße. Leider seien dadurch Mieterhöhungen von 80-100 € möglich. Dagegen würden gerade Unterschriften gesammelt. Herr Lämmerhirt verdeutlicht, dass er dankbar für die Sanierungsarbeiten sei. In der Vergangenheit habe es viele Beschwerden und Wünsche der Mieter gegeben. Damit würde auch die Diskrepanz zwischen den bereits sanierten Gebäuden der Genossenschaft und den Häusern der Gagfah beseitigt. Das sei in jedem Fall zu begrüßen und bedeute auch eine Aufwertung des Umfeldes.

Herr Mann: Kritisiert die Taktzeiten der Linie 88 im Bereich Windmühlenstraße. Die Buslinie verkehre nur im 20-Minuten-Takt. Herr Lämmerhirt hat die Anfrage bereits an die DVB gestellt und wird die Antwort nachreichen.

Weiterhin verweist Herr Mann auf die am 24. März stattfindende Bürgerversammlung zum Flächennutzungsplan und hofft auf rege Beteiligung. Auch freut er sich über den von der SPD-Fraktion im Stadtrat eingebrachten und beschlossenen Antrag zum Erhalt der Parkplätze auf der Österreicher Straße.

Frau Köhler: Fragt nach anstehenden Sanierungsarbeiten von denkmalgeschützten Reihenhäusern der GWG auf der Tauernstraße. Ist dazu etwas bekannt? Gibt es Neuigkeiten zu den Sitzplätzen vor der Haltestelle Salzburger/ Burgenlandstraße? Herr Lämmerhirt wird sich dazu erkundigen.

Herr M. Böhme: Besteht die Möglichkeit, im Frühjahr den Bewuchs am Laubegaster Ufer zu verschneiden? Herr Lämmerhirt antwortet, dass u.a. die Zuständigkeiten dafür noch geklärt werden müssten.

Herr Krien: Fragt nach, wem das Gelände auf der Bosewitzer Straße auf der anderen Seite der Lockwitz gehört? Herr Lämmerhirt erwidert, dass es sich um einen privaten Eigentümer handelt.

Herr Krien möchte weiterhin wissen, ob dort noch mehrere Schleusen repariert werden müssten? Herr Lämmerhirt bittet Herrn Krien um konkrete Angaben zu den Orten per Email. Diese wird er dann weiterleiten.

7 Informationen des Ortsamtsleiters zum Geschehen im Ortsamtsgebiet (u. a. aktuelle Informationen zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für bes. Bedarfsgruppen im Ortsamtsbereich)

Herr Lämmerhirt berichtet von einer Bitte des Seniorenbeirates. So sollen bitte holprige Gehwege oder Unebenheiten im Ortsamtsgebiet an Herrn König gemeldet werden. Ein Teil sei schon im Fußwegprioritätenprogramm enthalten, ein anderer Teil könnte möglicherweise mit vergleichsweise geringen Mitteln instand gesetzt werden. Die Hermann-Seidel-Straße, Neue Straße, Lilienthalstraße, Tauernstraße beispielsweise seien schon enthalten.

Weiterhin verweist Herr Lämmerhirt noch auf die Elbwiesenreinigung am 28.03.15 an den bekannten Standorten. Sollten darüber hinaus noch private Aktionen stattfinden, bittet er darum, es dem Ortsamt mitzuteilen, um die Aktionen koordinieren und bewerben zu können.

Bezüglich der Unterbringung von Asylbewerbern im Ortsamtsgebiet habe es keine Änderungen zum Vormonat gegeben. Derzeit gäbe es 15 Gewährleistungswohnungen mit 113 verfügbaren Plätzen, welche nicht vollständig belegt seien. Derzeit lebten im Ortsamtsgebiet Leuben 87 Asylbewerber. Der Betreuungsschlüssel von 1:100 werde diesen Monat umgesetzt. Die Betreuung der Asylbewerber erfolge im Ortsamtsgebiet durch die Caritas.

Die Sitzung endet um 22.06 Uhr.

Jörg Lämmerhirt
Vorsitzender

Ralf-Uwe König
Schriftführer

Marina Brandt
OBR-Mitglied

Gottfried Mann
OBR-Mitglied